

Sprechzettel

für die Konstituierung der Enquete-Kommission

"Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur"

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Bundestag hat in seiner 82. Sitzung am 12. März 1992 bei zwei Stimmenthaltungen die Einsetzung einer Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur" gemäß § 56 der Geschäftsordnung beschlossen.

Dies geschah in einer beeindruckenden Plenarsitzung, die deutlich machte, wie sehr die Thematik die Bürger aufwühlt, wie sehr sie alle bewegt.

Mich hat nicht überrascht, daß hinsichtlich der Aufgabenstellung der Kommission zumindest insoweit, welche Schwerpunkte die Kommissionsarbeit haben sollte, unter den Fraktionen sehr weitgehend Einigkeit besteht. Daran ändert nichts, daß der genaue Auftrag der Enquete-Kommission vom Bundestag bei der Einsetzung noch nicht festgelegt worden ist, daß vielmehr der Bundestag bis zum 20. Mai 1992 eine Beschlußempfehlung der Kommission erwartet, die den Text des Enquete-Auftrages enthält. Der Enquete-Kommission bleibt damit nicht viel Zeit zur Erarbeitung der Aufgabenstellung, zumal die nächste Sitzungswoche erst die ab dem 27. April sein wird. Um schon in den Wochen vorher den Beginn der Arbeiten zu ermöglichen, konstituieren wir die Kommission schon heute, obwohl die sachverständigen Mitglieder wegen der Kürze der Zeit nicht mehr eingeladen werden konnten, ja sie zum Teil von den Fraktionen noch nicht einmal benannt sind.

Die Diskussion im Plenum hat deutlich gemacht, daß die Kommission notwendig ist. Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur ist erforderlich, damit die Wirkungszusammenhänge für die Vergangenheit verstanden werden können und Bruchstellen für die Zukunft vermieden werden. Es müssen Maßstäbe gefunden und es müssen auch Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten offengelegt werden. Seelische Verwundungen können nicht geheilt werden, indem man den Mantel des Verschweigens über gravierendes Unrecht legt.

Ich halte es aus Gründen der Sachkenntnis und der elementaren Betroffenheit für richtig, wenn Abgeordnete und vielleicht auch Sachverständige aus den neuen Bundesländern zur prozentualen Zusammensetzung des Bundestages überproportional in der Enquete-Kommission mitarbeiten sollen. Damit will ich freilich nicht sagen, daß die Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur nur als ein Problem der Ostdeutschen angesehen werden könne. Auch wir im Westen

müssen uns an dieser Debatte beteiligen, weil wir ebenfalls betroffen sind und weil die Teilung unser gemeinsames Schicksal war. Es geht um unsere gemeinsame Vergangenheit und Zukunft als Deutsche. Nur wenn wir das begreifen und uns danach verhalten, wird die Diskussion dem Zusammenwachsen nutzen. Das Aufarbeiten des SED-Erbes muß als gesamtdeutsche Aufgabe verstanden werden, auch als Beitrag zu jener Aussöhnung, die Wahrhaftigkeit voraussetzt. Ich will auch nicht unerwähnt lassen, daß ich zu denen gehöre, die es als erforderlich ansehen, daß die Aufgabe der Kommission weithin parteiübergreifend wahrgenommen wird.

Es wird dabei um die spezifischen Auswirkungen auf das Leben der Menschen gehen, um die Bedingungen, die die Mitbürgerinnen und Mitbürger über 40 Jahre geprägt und ihre Lebensinhalte bestimmt haben.

Die Kommission wird Aufdeckung und Aufklärung versuchen müssen, insbesondere dort, wo es um die Machtzentren von

Partei, Staat und Staatssicherheit sowie in diesem Rahmen bestehende Verantwortlichkeiten geht.

Sowohl im Plenum als auch in den Drucksachen, die Ihnen zur Beratung zugewiesen sind, ist schon sehr viel über die Aufgaben der Kommission gesagt worden. Ich möchte mich deshalb nur noch auf das beschränken, was ich als besonders wesentlich ansehe:

Die Kommission wird nicht die Aufgaben der Geschichtsschreibung wahrnehmen können, aber sie wird einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis dessen leisten können, was wirklich war und was nicht in Vergessenheit geraten darf. Ich glaube, die Beschäftigung mit der Geschichte wird mit dem Jahre 1945 und mit der Einrichtung der sowjetischen Besatzungszone beginnen müssen und bis zur friedlichen Revolution führen müssen.

Die Kommission wird die diktatorischen Machtstrukturen, die repressiven Unterdrückungsmechanismen dieser Macht und ihre Auswirkungen auf die Verhaltensweisen der Menschen im Osten Deutschlands herausarbeiten müssen.

Die Akten der Staatssicherheit werden ein wesentliches Thema der Kommission sein, denn sie sind durchaus geeignet zur Aufklärung des gesamten Repressionsmechanismus. Jedoch dürfen wir uns nicht die mancherorts praktizierte Einengung auf die Stasi-Thematik zueigen machen. Für den Großteil der Bevölkerung war die mittelbare Unterdrückung erlebbarer und wirksamer als die unmittelbare Verfolgung durch die Stasi und durch die Justiz. Repression gab es auf allen Ebenen, angefangen im Kindergarten, in der Schule, in der Armee und später im Beruf. Meist ging es dabei nicht um die nackte Existenz, sondern um die Disziplinierung durch Gewährung kleiner Privilegien. Mangelnde Anpassung wurde durch Schikanen bestraft. In diesem Gefüge von Anpassung und Disziplinierung hatten sich wohl die meisten eingerichtet.

Das eigentlich Erstaunliche, was letztlich auch die friedliche Revolution im Herbst 1989 ermöglichte, ist die dennoch vorhandene Widerstandsfähigkeit der Ostdeutschen, obwohl sie seit 1933 unter einer Diktatur lebten. Es wird also in diesem Zusammenhang um die spezifischen Auswirkungen auf das Leben der Menschen gehen.

Weiter werden die Form und der Umfang des politischen Widerstandes, der politischen Verfolgung, offenzulegen sein. Dabei geht es um die Beziehungen zwischen politischem Widerstand und Kirche sowie um die zwischen Kirche und Staat.

Lassen Sie mich hier ansprechen, daß den Kirchen in der ehemaligen DDR für ihre mitmenschliche Hilfe viel Dank gebührt. Die Kirchen in der ehemaligen DDR haben auch dazu beigetragen, daß der Kontakt zwischen den Teilen Deutschlands nie ganz abriß. Unvergessen wird auch bleiben, daß die

Kirchen Oppositionsgruppen ein Dach boten. Ohne diese tätige Mithilfe der Kirchen kann man sich die friedliche Revolution des Jahres 1989 schwer vorstellen. Von dem, was ich soeben gesagt habe, war freilich die evangelische Kirche stärker betroffen als die katholische, wobei ich mir kein Urteil über die unterschiedliche Rolle und Betroffenheit beider Kirchen erlauben möchte.

Die Kommission wird auch nicht leisten können, was nach unserer Rechtsordnung der unabhängigen Justiz obliegt. Auch die Justiz, die Strafgerichtsbarkeit, wird ihren Beitrag zur Aufarbeitung zu leisten haben. Inzwischen wissen wir allerdings, daß für eine Bestrafung im Rechtsstaat sehr begrenzte Möglichkeiten bestehen. Sie sind so begrenzt, daß die Opfer von Unrecht und Unterdrückung es häufig nicht verstehen können. So kann nicht jeder ertragen, daß den Hauptverantwortlichen des früheren Unrechts-Regimes heute häufig nur der Prozeß wegen Veruntreuung von SED-Vermögen gemacht werden kann.

Ich wiederhole, was schon im Plenum gesagt worden ist: Wir wollen eine sachbezogene Aufarbeitung der Vergangenheit und nicht die Jagd nach Enthüllungen. Es wird um die Aufklärung der Zusammenhänge in der ehemaligen DDR und ihre Auswirkungen auf Personen, gesellschaftliche Organisationen und das Staatsgefüge sowie auf die innerdeutschen und internationalen Beziehungen gehen.

Lassen Sie mich schließen: Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist notwendig. Die Kommission des Bundestages kann und wird dabei eine bedeutsame Hilfe sein. In diesem Sinne darf ich der Kommission eine erfolgreiche Arbeit wünschen.

Ich möchte nun zu der eigentlichen Konstituierung kommen.

Der Deutsche Bundestag ist mit der Einsetzung der Enquete-Kommission dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. in der Drucksache 12/2230 gefolgt.

Die Fraktionen haben folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages benannt:

CDU/CSU-Fraktion:

(Ordentliche Mitglieder)

**Wolfgang Dehnel
Rainer Eppelmann (Vorsitz)
Susanne Jaffke
Dr. Harald Kahl
Dr. Rudolf Krause (Bonese)
Dr. Günther Müller
Dr. Dorothee Wilms**

(Stellvertretende Mitglieder)

**Wilfried Böhm (Melsungen)
Dr. Rainer Jork
Hartmut Koschyk
Maria Michalk
Reinhard Frh. v. Schorlemer
Wer H. Skowron
Dr. Roswitha Wisniewski**

SPD-Fraktion:

(Ordentliche Mitglieder)

**Christel Hanewinckel
Stephan Hilsberg
Markus Meckel
Margot von Renesse
Gert Weisskirchen**

(Stellvertretende Mitglieder)

**Angelika Barbe
Evelin Fischer
Rolf Schwanitz
Wolfgang Thierse
Hartmut Soell**

F.D.P. - Fraktion:

(Ordentliche Mitglieder)

**Dr. Jürgen Schmieder
Dirk Hansen**

(Stellvertretende Mitglieder)

**Heinz-Dieter Hackel
Wolfgang Lüder**

PDS / LL:

● **Dr. Gregor Gysi (als Gruppenvorsitzender)**

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Gerd Poppe

Als Sachverständige habe ich auf Vorschlag der Fraktionen

berufen:

● **Prof. Faulenbach
Martin Gutzeit
Prof. Hermann Weber**

(Die Fraktionen haben angekündigt, noch weitere Sachverständige zu benennen.)

Bevor ich die Bestimmung des Vorsitzenden einleite, lassen Sie mich noch auf einige wichtige Punkte für die künftige Arbeit der Kommission hinweisen.

Sie werden möglicherweise mit Vorgängen zu tun haben, die aus der Natur der Sache heraus für eine Erörterung in der Öffentlichkeit nicht geeignet sind oder die einer besonderen Geheimhaltungspflicht unterliegen. Dennoch muß die parlamentarische Kontrolle auch und gerade bei solchen Gegenständen funktionsfähig sein. Um dies zu gewährleisten, enthält die Geschäftsordnung des Bundestages, die sinngemäß auch für Enquete-Kommissionen gilt, als Anlage 3 die Geheimschutzordnung. Sie soll sicherstellen, daß die Art der Behandlung einschlägiger Vorgänge im Bundestag die Exekutive nicht veranlaßt, den Bundestag über diese Vorgänge nur zurückhaltend zu informieren. Nicht zuletzt schützen diese Vorschriften auch möglicherweise betroffene Bürger in ihren Grundrechten, die durch eine öffentliche Erörterung gefährdet

werden könnten. Darüber hinaus möchte ich in Ihrem Interesse an die Bestimmungen des Strafgesetzbuches erinnern, die den Bruch von Geheimhaltungspflichten betreffen. Besonders ist auf den für das Parlament wichtigen § 353 b Abs. 2 StGB hinzuweisen. Hiernach ist mit Strafe bedroht, wer einen Gegenstand öffentlich bekanntmacht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, zu deren Geheimhaltung er aufgrund des Beschlusses des Bundestages oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet ist. Deshalb müssen die vom Bundestag beschlossene Geheimschutzordnung und diesbezügliche Kommissionsbeschlüsse streng beachtet werden.

Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, daß es Beratungsgegenstände geben kann, über die die Kommission öffentlich berät. § 69 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages räumt der Kommission die Möglichkeit ein, im Einzelfall auch öffentliche Kommissionssitzungen durchzuführen.

Ich komme nun zur Bestimmung des Vorsitzenden. Zunächst stelle ich fest, daß die Kommission beschlußfähig ist.

Ich bitte um einen Vorschlag für die Bestimmung des Vorsitzenden. Nach der Vereinbarung im Ältestenrat liegt das Vorschlagsrecht bei der Fraktion der CDU/CSU.

(Es ist davon auszugehen, daß der Abgeordnete Rainer Eppelmann zum Vorsitzenden vorgeschlagen wird.)

Ich frage Sie, Herr Eppelmann, ob Sie zur Übernahme dieses Amtes bereit sind.

Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Rainer Eppelmann mit Einverständnis der Kommission zum Vorsitzenden bestimmt und daß die Kommission konstituiert ist. Zu Ihrem Amt, Herr Eppelmann, gratuliere ich Ihnen und zugleich wünsche ich Ihnen eine glückliche und erfolgreiche Hand.

Allen Kommissionsmitgliedern danke ich für Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in dieser Kommission und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.